Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8504**
14. Wahlperiode 13. 03. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Hansjürgen Doss, Friedhelm Ost, Peter Rauen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/6315 –

Offensive für die Bauwirtschaft

A. Problem

Bekämpfung der anhaltenden Krise in der Bauwirtschaft durch Maßnahmen zur Stärkung der Baunachfrage, zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung auf dem Bau, zur Verbesserung der Zahlungsmoral und zur Schaffung vergleichbarer Wettbewerbsbedingungen in Europa.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 14/6315 – abzulehnen.

Berlin, den 13. März 2002

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Dr. Heinz Riesenhuber	**Rolf Kutzmutz**
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Rolf Kutzmutz

I.

Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 14/6315 – wurde in der 180. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. Juni 2001 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, den Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss überwiesen.

II.

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion der CDU/CSU hat die Bundesregierung die Rahmenbedingungen für die Bauwirtschaft drastisch verschlechtert anstatt für positive Impulse zu sorgen. Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, umgehend ein Konzept zur Verbesserung der Lage der deutschen Bauwirtschaft vorzulegen. Als wesentliche Komponenten eines solchen Konzeptes nennt die antragstellende Fraktion u. a. eine weitergehende und schnellere Rückführung der steuerlichen Belastung von Arbeitnehmern, mittelständischen Unternehmen und Freiberuflern sowie eine Infrastrukturoffensive für einen beschleunigten Ausbau der Schienenwege, der Autobahnen, der Bundes- und Landstraßen und der kommunalen Infrastruktur. Auch soll die Bundesregierung dafür sorgen, dass die ABM-Mittel zielgerichtet und sparsamer ausgegeben werden und dass gleichzeitig den Kommunen ausreichende eigene Mittel für Investitionsaufgaben zur Verfügung stehen. Ferner hat sich nach Auffassung der Antragsteller das Gesetz zur Beschleunigung fälliger Zahlungen als nicht ausreichend erwiesen, um dem Problem der mangelnden Zahlungsmoral wirksam und auf Dauer beizukommen. Daher soll die Schaffung eines gesonderten Bauvertragsrechtes u. a. auf Basis der neuen Vorschläge des Freistaates Sachsen geprüft werden. Ferner soll das Gesetz über die Sicherung von Bauforderungen modernisiert werden. Auch müssen die Überlegungen zur Schaffung eines prozessualen Instruments fortgesetzt werden, mit dem es möglich werden soll, Bauunternehmen, Handwerkern und Freiberuflern vorab einen Teil der eingeklagten Forderungen trotz vorgebrachter Mängelrügen zuzusprechen.

III.

Der **Rechtsausschuss** hat die Vorlage in seiner 96. Sitzung am 25. September 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage in seiner 119. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat die Vorlage in seiner 110. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlage in seiner 74. Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktionen der FDP und PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat die Vorlage in seiner 71. Sitzung am 28. November 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU in Abwesenheit der Fraktion der FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner 77. Sitzung am 25. September 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Vorlage in seiner 93. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS beschlossen, die Ablehnung der Vorlage zu empfehlen.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 76. Sitzung am 13. März 2002 beraten.

Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP, die Ablehnung des Antrags – Drucksache 14/6315 – zu empfehlen.

Berlin, den 13. März 2002

Rolf Kutzmutz
Berichterstatter



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333